

NUR WENIGE OPFER STELLEN ANTRÄGE

Inge Bennewitz

Seit der Wende in der DDR bis zum heutigen Tage interessiert sich die Öffentlichkeit in Deutschland zwar für das Befinden enttarnter IMs, für diejenigen, die noch nicht ganz enttarnt sind, für ehemalige Funktionsträger, denen wegen Verstoßes gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit Gerichtsverfahren drohen oder denen eine Anstellung im öffentlichen Dienst verwehrt wird, aber für die Menschen, die unter dem SED-Regime schwer gelitten haben. »Opfer haben keinen Marktwert« hat schon kurz nach der Wende ein bekannter Journalist und selbst aus politischen Gründen in der DDR inhaftiert, lakonisch festgestellt.

Das 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, am 17. Juni 1992 in Kraft getreten, berücksichtigt diejenigen, die aus politischen Gründen ihrer Freiheit beraubt wurden, und räumt ihnen das Recht auf moralische Rehabilitierung und Haftentschädigung ein.

Am 1. Juli 1994 trat das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, das in den Medien noch weniger Resonanz gefunden hat, in Kraft und sieht die Rehabilitierung und Entschädigungsleistungen für Opfer von Verwaltungswillkür (z.B. mit gesundheitlichen Folgen und Vermögensentzug) oder beruflicher Benachteiligung vor. Von insgesamt 200 000 geschätzten Betroffenen hatten bis Jahresende nur etwa 10 000 einen Antrag gestellt. Eine der Hauptursachen sieht das Bundesjustizministerium in der mangelnden Aufklärung der Opfer durch die zuständigen Landesbehörden.

Aber wird die Ursache ernsthaft hinterfragt?

Forderungen der Opfer, die Finanzmittel für Entschädigungsleistungen aus dem SED-Parteivermögen zu begleichen, blieben unberücksichtigt.

Manch ehemaliger politischer Häftling, der bereits rehabilitiert ist, verzichtet auf die ihm zustehende Haftentschädigung, weil er nicht will, daß der bundesdeutsche Steuerzahler für den Schaden aufkommen soll, den die Partei mit dem absoluten Machtanspruch angerichtet hat.

In Anbetracht des Stimmenzuwachses der SED-Nachfolgepartei PDS haben viele politisch Verfolgte Angst vor einer neuerlichen linken Diktatur und einem möglichen Rückgriff auf ihre Personendaten: »Die lochen mich dann gleich wieder ein.« Manch einer sieht überhaupt keine Veranlassung, sich für eine aus seiner politischen Einstellung gegen das SED-Regime bedingten Verfolgungsmaßnahme moralisch rehabilitieren zu lassen.